

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Extra

In Zusammenarbeit mit der Neuen Juristischen Wochenschrift

Gegründet von Rechtsanwalt Prof. Dr. Hermann Weber, Schriftleiter von 1982–2001

Herausgegeben von Prof. Dr. Martin Burgi, München – Prof. Dr. Christian Calliess, Berlin – Dr. Josef Christ, Richter des BVerfG, Karlsruhe – Prof. Dr. Klaus-Peter Dolde, Rechtsanwalt, Stuttgart – Dr. Frank Fellenberg, Rechtsanwalt, Berlin – Prof. Dr. Andreas Heusch, Präsident des VG, Düsseldorf – Prof. Dr. Thomas Mayen, Rechtsanwalt, Bonn – Prof. Dr. Hubert Meyer, Geschäftsf. Vorstandsmitglied des Niedersächsischen Landkreistages, Hannover – Prof. Dr. Janbernd Oebbecke, Münster – Prof. Dr. Joachim Scherer, Rechtsanwalt, LL.M., Frankfurt a. M. – Dr. Heribert Schmitz, Ministerialrat a. D., Berlin – Prof. Dr. Friedrich Schoch, Freiburg – Dr. Thomas Schröer, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M. – Prof. Dr. Rudolf Streinz, München

Schriftleitung: Rechtsanwalt Prof. Dr. Achim Schunder und Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause, Beethovenstraße 7 b, 60325 Frankfurt a. M.

7 2022

Seite 1–8
41. Jahrgang
15. Juni 2022

Vorsitzender Richter am BVerwG a. D. Georg Herbert, M. A.

Hochmut und Fehlurteil

Eine kurze Geschichte der Vorschubleistung des Hohenzollern

Das Ausgleichsleistungsgesetz von 1994 gewährt für besatzungsrechtlich oder besatzungshoheitlich enteignete Grundstücke und Gebäude Entschädigung und ordnet für bewegliche Sachen unter bestimmten Voraussetzungen die Rückgabe an. Seit Inkrafttreten des Gesetzes verfolgten die Hohenzollern nicht näher bekannte Ansprüche in nichtöffentlichen Verhandlungen mit dem Bund und den Ländern Berlin und Brandenburg. Im Oktober 2015 lehnte das Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen Brandenburg einen Antrag auf Entschädigungsleistungen ab, weil der Exkronprinz Wilhelm „dem nationalsozialistischen System erheblichen Vor Schub geleistet“ habe und damit den gesetzlichen Ausschlussstatbestand erfülle. Das Klageverfahren gegen diesen Bescheid ruhte seitdem auf regelmäßig wiederholten Anträgen der Beteiligten beim VG Potsdam. Die damit einhergehende Verzögerung einer richterlichen Entscheidung ist rechtsstaatlich fragwürdig, da eine gütliche Vereinbarung aus Rechtsgründen ausscheidet. Den Regierungen ist es mit Blick auf den anhängigen Bescheid verwehrt, dessen Rechtsfolge durch einen Vergleichsabschluss zu umgehen. Der Gleichheitssatz des Grundgesetzes gebietet, die Hohenzollern weder besser noch schlechter zu behandeln als jeden Anderen, der dem Gesetz unterliegt. Erst Anfang Mai 2022 erteilten die Verantwortlichen in den Ländern Berlin und Brandenburg sowie im Bund weiteren Güteverhandlungen eine Absage. Zugleich ist der Fall des Exkronprinzen Gegenstand von fünf historischen Gutachten und einer unübersehbaren Fülle mehr oder weniger wissenschaftlicher Stellungnahmen von Historikern, Juristen und Politologen. Dabei ist der durchaus überschaubare Gegenstand des Gerichtsprozesses offenbar in Vergessenheit geraten. Der folgende Beitrag konzentriert nach einem Vorspann zum historischen Kontext in Anknüpfung an wegweisende Studien von Lothar Machtan (*Der Kronprinz und die Nazis. Hohenzollerns blinder Fleck*, Berlin 2021) und Stephan Malinowski (*Die Hohenzollern und die Nazis. Geschichte einer Kollaboration*, Berlin 2021) nicht hintergehbare entscheidungserhebliche Tatsachen und gründet hierauf die an

der höchstrichterlichen Rechtsprechung orientierte rechtliche Würdigung.

I. Das Ende der preußischen Monarchie

Am Anfang vom Ende des ersten Weltkriegs steht die Flucht. 10.11.1918, wenige Tage nach der Initialzündung der Novemberrevolution in norddeutschen Hafenstädten und am Vortag des Waffenstillstands von Compiègne: Kaiser Wilhelm II. setzt sich in seinem „Hofzug“ per Bahn vom Hauptquartier im belgischen Spa in die Niederlande ab. Eine Rückkehr nach Berlin zum militärischen Kampf gegen die Revolution hatte er ebenso abgelehnt wie eine Flucht „nach vorn“ an die Front. Er zog es vor, seine Soldaten ebenso wie seine „Untertanen“ im Stich zu lassen, um sich in Sicherheit zu bringen. Die niederländische Regierung erlaubte seinen Aufenthalt unter der Bedingung eines Verzichts auf politische Aktivitäten und lehnte ein Auslieferungsgesuch der Alliierten ab. Damit war er in den Niederlanden vor Verfolgung sicher. Bei seiner formellen Abdankung als Kaiser am 28.11.1918 erklärte er, für alle Zukunft auf seine Rechte an Kronkrone und Kaiserkrone zu verzichten. 1920 bezog er in dem nahe bei Utrecht gelegenen Städtchen Doorn das gleichnamige Schloss. Er ließ es mit Vermögensgegenständen ausstatten, die auf seinen Wunsch in zahlreichen Eisenbahnwaggons aus dem Reich herbeigeschafft worden waren. Drei Wochen nach seiner Flucht folgte ihm Kaiserin Auguste Victoria. Nach deren natürlichem Tod 1921 trat an ihre Stelle Wilhelms II. zweite Frau Hermine. Im Schloss hielt Wilhelm II. engen Kontakt zur Gegenrevolution. Bis zu seinem Tod 1941 kam er nicht mehr nach Deutschland zurück. Kronprinz Wilhelm, wie sich sein ältester Sohn noch viele Jahre nach Abdankung des Kaisers und Ablösung der Monarchie durch die Weimarer Republik titulierte, hatte 1917 angekündigt, sich im Fall einer Niederlage an die Spitze der Truppen zu setzen und den Tod zu suchen. Der tapfere Hohenzoller reiste zwei Tage nach seinem Vater ins holländische Exil und nahm seinen Wohnsitz in einem ehemaligen

Pfarrhaus auf der Insel Wieringen. Ende 1918 verzichtete auch er auf alle Rechte an den Kronen.

So verschieden die Motive für die Ausreisen der beiden höchsten Repräsentanten des preußischen Königshauses gewesen sein mögen, so eindeutig wurden diese Vorgänge im Hochadel, im Offizierskorps, unter den höheren Beamten und von der Mehrheit der Bürger beurteilt: als Flucht aus der Verantwortung, Feigheit oder Desertion. Die Hohenzollern mussten nicht um ihr Leben oder ihre körperliche Unversehrtheit fürchten, anders als in früheren Zeiten durch Revolutionen abgesetzte Herrscher, die wie der englische König Karl I. 1649, der französische Exkönig Louis XVI. 1793 oder die russische Zarenfamilie 1918 hingerichtet wurden. Kronprinzessin Cecilie nahm mit ihren sechs Kindern wieder das Schloss Cecilienhof in Besitz, die übrigen Kaiserstöhne kamen bei verschwägerten oder befreundeten adligen Gleichgesinnten unter, die Kaiserin bewohnte mit ihrem zweitältesten Sohn die kaiserliche Villa in Potsdam, bevor sie ihrem Ehemann nach Doorn folgte. Für Wilhelm II. lebte sein Kaisertum fort, und auch bei den anderen Mitgliedern der Familie gab es wie im Großteil des übrigen Adels keinerlei Zweifel, dass die von Sozialisten beherrschte Republik früher oder später von der Monarchie abgelöst werden musste. Politisch, wirtschaftlich und kulturell blieben die Hohenzollern ebenso wie andere gestürzte „Häuser“ auch nach 1918 in der Öffentlichkeit überaus präsent. Dabei war ihr Thema nicht die Niederlage im ersten Weltkrieg. Es ging um die Ausschaltung der Demokraten und die Wiederbelebung der Monarchie. Wer über solche Macht verfügte wie die Hohenzollern, wird alles daransetzen sie zurückzugewinnen.

II. Die Hohenzollern als Nutznießer der gescheiterten Fürstenenteignung

Demut war den preußischen Hohenzollern seit jeher fremd. Namentlich seit Beginn des 18. Jahrhunderts brachte ihre Dynastie Könige und Kaiser hervor, die geprägt waren durch den ungebändigten Einsatz militärisch-kriegerischer, imperialistischer und finanzpolitischer Mittel zu dem Zweck, ihr Herrschaftsgebiet zu erweitern, ihre Macht im Innern und nach außen zu steigern, ihre politischen Interessen autoritär durchzusetzen, die kolonialistische Expansion zu befördern und ihr Vermögen zu mehren. Diese Praxis konnte nach dem unrühmlichen Ausgang des ersten Weltkriegs, der Abdankung der Monarchie und dem Verlust der Kolonien so keine Fortsetzung finden. Doch der Wille der Hohenzollern zur Macht erlosch damit nicht. Er verlagerte sich.

Die Revolution und die Republik hatten den Adel nicht abgeschafft. Schlösser, Landsitze und Vermögen wurden zunächst beschlagnahmt, konnten von den Fürsten aber genutzt werden. Der Exkronprinz machte von diesen Ressourcen regen Gebrauch, seit der Reichskanzler Gustav Stresemann ihn im Herbst 1923 zur Rückkehr nach Deutschland eingeladen und Wilhelm die Einladung angenommen hatte. Diese Hochherzigkeit eines führenden Politikers der Republik war umso befremdlicher, als die Familie Hohenzollern ihre antirepublikanische Einstellung und ihre massive Ablehnung des Parlamentarismus seit Ende der Monarchie immer wieder öffentlich verlautbarte. Mit kritischer Aufmerksamkeit wurde demgemäß die Rückkehr Wilhelms im In- und Ausland beobachtet und kommentiert, zumal sie in die Phase einer durch Putschversuche, Hyperinflation und französische Besatzung des Ruhrgebiets erschütterten Republik fiel.

Als es den Deutschen am schlechtesten ging, dachte die Familie zuerst an ihre früheren Besitztümer. Die Hohenzollern

und andere deutsche Fürsten beschäftigten ihre Juristen mit der Rückgabe des beschlagnahmten Vermögens. Besonders begehrt war das frühere „Kronvermögen“, das seit der Wiener Schlussakte von 1820 als Vermögen des Fürstentums im Sinn der Einheit von Staat und Monarch galt und dem Landesherrn allein zur Wahrnehmung von Staatsaufgaben zustand. Ungeachtet des Endes der Monarchie forderten die abgesetzten Herrscher ihr vormaliges Kronvermögen vor Zivilgerichten ein und erhielten damit bei den regelmäßig vorrepublikanisch sozialisierten Richtern durchweg Recht. Ein von der KPD und, eher aus taktischen Gründen als aus Überzeugung, der SPD initiiertes Volksentscheid, der nicht nur dieser Fehlentwicklung entgegenzutreten, sondern vor allem durch eine entschädigungslose Fürstenenteignung die extreme soziale Ungleichheit in der Republik kompensieren sollte, verfehlte 1926 nach massiver rechtskonservativer Gegenpropaganda sowie einem Rechtsgutachten des Verfassungsjuristen Carl Schmitt das erforderliche Quorum. Nachdem die SPD eine Gesetzesvorlage mangels Zustimmung der eigenen Fraktion zurückgezogen hatte, blieb nur der Ausgleich im Verhandlungsweg auf Landesebene. In den Verhandlungen mit Preußen hatte der Ministerpräsident Otto Braun eine pauschale Abfindung von zehn bis dreißig Mio. Mark vorgeschlagen. Am Ende erhielten die Hohenzollern nach eigenen Angaben Güter, Gelder, Kunstgegenstände und Schlösser im Wert von mindestens 125 Mio. Goldmark, darunter den Cecilienhof im Potsdamer Neuen Garten als Wohnsitz auf Lebenszeit für den Exkronprinz, seine Frau Cecilie und seine Kinder und Enkelkinder zur ausschließlichen Nutzung.

Mit dem alles andere als sozialen Ausgleich wurden die Anhänger der Republik gegenüber rückwärtsgewandten und moralisch abgestiegenen Führungsschichten zurückgesetzt. Das hing auch damit zusammen, dass der Rat der Volksbeauftragten unter der Führung von Friedrich Ebert 1918 nicht die Kraft gefunden hatte, die sich aufdrängende Frage der Fürstenenteignung nach Revolutionsrecht zu lösen. Die Mobilisierung antibolschewistischer und antisemitischer Stimmungen durch die Gegner der entschädigungslosen Enteignung im Vorfeld des Volksentscheids war eine Vorwegnahme der politischen Konstellation, in der ab 1931 die Reste des parlamentarischen Systems zerschlagen wurden.¹

III. Die Förderung Hitlers und seiner Bewegung durch Wilhelm vor der Machtübernahme

Aller Ungleichheit zum Trotz und ungeachtet der Schmach der Flucht aus der Verantwortung der Kriegsniederlage sahen sich die Hohenzollern schnell wieder auf der Höhe der Zeit. Im Verein mit dem ebenfalls auf der politischen Bühne präsenten übrigen Hochadel und den rechtskonservativen Kräften in der Republik versprach man sich fast einträchtig dem Königsweg der Restauration. An vorderster Front der hochadligen Republikfeinde bewegte sich, neben den übrigen Mitgliedern der kaiserlichen Kernfamilie, Exkronprinz Wilhelm. Dabei war es nicht so, dass die Bewegungsrichtung der Hohenzollern am rechten Rand im Gleichschritt verlief. Während die Mehrheit der Familie engen Kontakt zu einigen hochrangigen Nazis hielt und einige ihrer Mitglieder sich gleich deren Verbänden anschlossen, sah sich der Exkronprinz seit Ende der 1920er Jahre zunächst in einer Rolle zur Wiederherstellung der Monarchie als Haupt einer Regierung in faschistischem Gewand. Animiert wurde seine hybride Vorstellung durch mehrere Empfänge bei Mussolini, öffent-

1 Hans Mommsen, Die verspielte Freiheit. Aufstieg und Untergang der Weimarer Republik, 1989, 251.

lich bekundet durch seine Ehrenmitgliedschaft in der rechtsradikalen „*Gesellschaft zum Studium des Faschismus*“. Von hier aus war allerdings auch sein Weg nicht weit zu Verbindungen mit einigen NS-Größen und zum paramilitärischen Stahlhelm, dem er 1930 beitrug. Der 500.000 Mitglieder starke Wehrverband opponierte laut gegen die Republik, stand der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) nahe und pflegte über seine Führung beste Beziehungen zu antirepublikanischen Parteien und zur Reichswehr. Die machte sich über den Stahlhelm auch Wilhelm zu eigen, der seit Anfang 1932 zur obersten Ebene der NS-Führung drängte.

Als Sündenbock für die Kriegsniederlage und Hüter der verhassten Republik galt den Hohenzollern und ihren Gleichgesinnten der frühere Generalfeldmarschall Hindenburg, der 1925 nach dem Tod des Reichspräsidenten (eine passendere Dienstbezeichnung war dem republikanischen Verfassungsgeber nicht eingefallen) Friedrich Ebert als dessen Nachfolger gewählt worden war. Nachdem der verflornte Monarchist Hindenburg bei der Wiederwahl 1932 die absolute Mehrheit im ersten Wahlgang knapp verfehlt hatte, ließ sich Wilhelm kurzfristig bei Hitler, Göring und Goebbels als Alternativkandidat ins Gespräch bringen. Die Aktion fand dort offenbar ernstliches Interesse, doch musste Wilhelm sich dem Willen seines Vaters beugen, das Amt des Reichspräsidenten nicht anzustreben, weil dies unter der Würde des Sohns eines Exkaisers zu sein schien. Hitler kandidierte selbst, Wilhelm sah seinen Vorteil in der Aussicht, seine Beziehungen zur NS-Führung gefestigt zu haben und nach einem Rücktritt Hindenburgs die neue Monarchie im Amt eines Reichsverwesers vorzubereiten. Berichte hierüber lösten in der deutschen und internationalen Presse eine Welle von Befürchtungen aus. Zugleich verschafften sie dem Exkronprinz mit seinen NS-Kontakten eine deutlich erhöhte Aufmerksamkeit in der Welt.

Doch blitzartig ins Rampenlicht geriet der Exkronprinz wenige Tage später am 3.4.1932 durch seine öffentliche Unterstützung der Wahl Hitlers gegen Hindenburg. Der von ihm selbst verfasste und in der Presse verbreitete Aufruf war eine klare Positionsbestimmung: „Wahlenthaltung im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl ist unvereinbar mit dem Gedanken der Harzburger Front. Da ich eine geschlossene nationale Front für unbedingt notwendig halte, werde ich im zweiten Wahlgang Adolf Hitler wählen.“² Mit seiner Unterschrift „Wilhelm, Kronprinz“ stellte er sich und die Hohenzollern in einer Reihe mit Antidemokraten und Rechtsextremisten in den Dienst Hitlers. Das Echo der internationalen Presse tat sein Übriges dazu, diese „Sensation“ als kräftigen Schub für die NS-Bewegung wahrzunehmen. Den Wahlaufufruf verstärkte noch ein beim zweiten Wahlgang aufgenommenes Foto, das Wilhelm mit NS-Plakatträgern zeigte und der ausländischen Presse den Titel eingab: „Der Exkronprinz wählt Hitler“. Sein Biograf und Zeitgenosse fasste zusammen: „Der Thronfolger gehörte nun in aller Form dem nationalsozialistischen Lager an“.³ Und fuhr fort: „Vor der Öffentlichkeit galt er als Gefolgsmann Hitlers. [...] Er nahm nun ohne Scheu an nationalsozialistischen Veranstaltungen teil und empfing Parteiführer bei sich. Auch die Kronprinzessin stand im Lager Hitlers und suchte den General von Schleicher, der sich nach wie vor ablehnend verhielt, zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Mit vollem Erfolg.“ Angesichts dessen erscheint es ausgeschlossen, dass der Wahlaufufruf des Exkronprinzen ohne Einfluss auf den beachtlichen Zuwachs von über zwei Mio. Stimmen zugunsten Hitlers geblieben sein könnte. Der oberste Vertreter des ehemaligen Kaiserhauses in Deutschland sorgte mit seinem

schnedig formulierten, reichsweit und international diskutierten Aufruf dafür, dass Hitler bei der starken republikfeindlichen Klientel als salonfähig anerkannt und später als geeigneter Kandidat für eine künftige Rechtsregierung betrachtet wurde.

Drei Tage nach der Präsidentenwahl protestierte Wilhelm in einem Brief an den Reichswehr- und Innenminister Wilhelm Groener gegen das Verbot von SA und SS, das am selben Tag erlassen worden war. Er wandte sich damit gegen die wohl wirksamste Waffe, die von der Republik jemals gegen die NS-Bewegung eingesetzt wurde. Kurz darauf regte er in einem Schreiben an Hindenburg an, gegen die Linkspresse vorzugehen, süddeutsche „Quertreiber“ auszuschalten, die KPD zu verbieten, im Osten und in Berlin „mal eine Anzahl Kommunisten aufs Pflaster zu legen“ und bei alledem nicht „zu anständig“ zu sein.⁴ Es besteht kein vernünftiger Zweifel, dass der Exkronprinz auch mit diesen Aktivitäten „dazu beigetragen (hat), die NSDAP in Rechtskreisen hoffähig zu machen“.⁵

Das Schwungrad des Exkronprinzen zur Förderung Hitlers und seiner Bewegung wirkte nicht minder bei den Reichstagswahlen vom Juli 1932, bei denen sich der Anteil der NSDAP von 1930 mehr als verdoppelte (auf 37,3 %). Dass die Rate bei den letzten freien Wahlen vom November 1932 wieder zurückging (33,1 %, DNVP plus 2,4 %), spielte für die Machtübernahme knapp drei Monate später keine entscheidende Rolle mehr; denn die Kanzlerschaft Hitlers beruhte nicht auf Wahlen, sondern auf einer langen Serie geheimer Absprachen, die in Grenzziehungen zwischen Rechtskonservativen und Nationalsozialisten bestanden. In dieser Hinsicht hatten die Aktivitäten Wilhelms, insbesondere seine herausragende Stellung im Stahlhelm und seine Präsenz auf öffentlichen Massenveranstaltungen, nach wie vor besonderes Gewicht für die Einordnung des Wehrverbands in das Gefüge der übrigen rechten Kräfte und deren Einfluss im rechtskonservativen Spektrum. Als am Stahlhelmtag auf dem Tempelhofer Feld in Berlin im September 1932 an die 200.000 Mann fünf Stunden lang in Reih und Glied an einem Millionenpublikum vorbeimarschierten und „die brillianteste militärische Vorführung seit den Tagen des Ex-Kaisers Wilhelm“ inszenierten, saß der bei den Zuschauern wohlbekannte Exkronprinz weithin sichtbar auf einem Ehrenplatz. Zwei seiner Brüder marschierten mit, etliche ehemalige Prinzen und die Ehefrauen vervollständigten die starke Anteilnahme der Familie Hohenzollern an der paramilitärischen Veranstaltung. Die beifällige Wirkung ihrer Anwesenheit auf die Massen vor Ort und die aufmerksamen Leser und Hörer der Zeitungs- und Rundfunkberichte über den Lobgesang auf die Rechte kann nicht überschätzt werden.

Es wäre allerdings zu kurz gegriffen, wollte man die Gunstbezeugung Wilhelms durch seinen Wahlaufufruf für Hitler geradewegs auf dessen Partei erstrecken. Wilhelms Faszination für den künftigen Diktator färbte nicht auf alle Führungskreise der NSDAP ab. Deren sozialistischer Namensbestandteil war ihm eher verdächtig, was mit ein Grund dafür war, dass er der Partei nicht beitrug. Auch in umgekehrter Rich-

2 Schlesische Zeitung v. 3.4.1932.

3 Paul Herre, Kronprinz Wilhelm. Seine Rolle in der deutschen Politik, 1954, 210 f.

4 Brief des Kronprinzen, Ende Juni 1932, ua an Hindenburg, in Kopien an Berg, Schleicher, Hindenburg, Papen und Neurath, Juni 1932, Bundesarchiv Militärarchiv Freiburg, N 42, Nr. 27, 43-49.

5 Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen, „Gott helfe unserem Vaterland“. Das Haus Hohenzollern 1918-1945. Mit 61 Seiten Dokumenten, 2. Aufl., München 2002, 214.

tung gab es Gegenwind für den Exkronprinz und seine häufig wechselnden Ideen von einer führenden Rolle in einer neuen Herrschaftsform, antimonarchische Strömungen breiteten sich aus. Doch Wilhelm arbeitete zielstrebig auf Bündnisse zwischen den zahlreichen Vereinigungen des rechtskonservativen und antirepublikanischen Lagers hin wie dem Stahlhelm, der SA und der SS, den Monarchisten-, Adels- und Großgrundbesitzern und den Bauern vom Reichslandbund. Vor allem die DNVP als Partei der Nationalisten, Antisemiten, ehemaligen Offiziere, Ostelbier und als parlamentarischer Arm des mächtigen Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbands sollte nach seinem Weltbild im Interesse einer volksgemeinschaftlichen Überwindung der Demokratie die weniger bedeutenden Differenzen zur NS-Bewegung hintanstellen und künftig bei der Förderung der Hitlerpartei dienlich sein. Und Hitler sollte die Rechten einbinden. In diesem Sinn formulierte es der Exkronprinz im September 1932 in einem persönlichen Brief: „Lieber Herr Hitler! Lassen Sie die vielen Menschen, die Ihre Bewegung aus tiefstem Herzen begrüßen und unterstützen, nicht wandend und irre werden. (...) Stellen Sie bitte persönliche Empfindungen zurück und führen Sie diese herrliche nationale Bewegung hinein in fruchtbringende Arbeit.“⁶ Zwei Tage vorher hatte er der Presse die Erklärung mitgeteilt, es sei für ihn ein „unhaltbarer Zustand, dass die wirklichen Träger des Wehrgedankens, die deutsche Jugend, die im Stahlhelm, in der SA und SS zusammengefasst ist, sich gegenseitig zur Freude von neidvollen Feinden im Auslande und der roten Front im Inlande bekämpfen. [Vonnöten sei] eine geschlossene Front gegen alles Undeutsche.“⁷ In seiner Rolle als Vermittler, Brückenbauer und symbolischer Signalgeber erbrachte Wilhelm bedeutende Leistungen im verzweigten rechten Milieu, die zu einer Aktionseinheit der Rechten führten. Wesentlich für das Zustandekommen der Hitlerregierung war, dass Wilhelm das Wahlbündnis von Stahlhelm, DNVP und Landbund, die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“, und dessen Zusammenarbeit mit der NS-Bewegung forcierte.⁸ Mit dieser Ausweitung der Kampfzone machte er Hitler und die Republikfeinde stark.

IV. Die Beiträge Wilhelms zur Festigung des NS-Regimes

Ab Anfang 1933 präsentierte sich Wilhelm als nicht mehr übersehbarer Partner der neuen Regierung. Unmittelbar nach Einsetzung Hitlers als Reichskanzler übersandte er ihm ein huldvolles Glückwunschsreiben, das der Geehrte so beantwortete: „Euer Kaiserliche Hoheit! Für das gütige Glückwunschsreiben bitte ich, meinen ehrerbietigsten Dank entgegennehmen zu wollen. Ich bin glücklich, dass es mir vergönnt ist, in dieser Weise mitzuhelfen an dem Wiederaufbau eines großen und starken Deutschen Reiches. In tiefer Verehrung.“⁹ Von nun an signalisierte der Exkronprinz durch sein Auftreten in Uniform mit dem Hakenkreuz am Arm allen Rechtskonservativen, dass es an der Zeit war, von der mentalen zur aktiven Unterstützung überzugehen. Es war ja keineswegs klar, dass sich die gerade eingeschlagene politische Richtung auf Dauer durchsetzen würde. Mit sicherem Gespür für die Wirkung von Symbolen nahm er in exponierter Pose an den politischen Initiationsritualen der Nazis teil, die sie zum Zweck der Festigung des Regimes in kurzen zeitlichen Abständen veranstalteten. Damit übermittelte er seinen „Vorschub“ an Millionen noch Unentschiedene. Und machte ihnen seinen politischen Standpunkt auch dadurch deutlich, dass er aktives Mitglied zweier Unterorganisationen der Bewegung wurde, im Mai beim NS-Kraftfahr-

erkorps, was ihn zum Tragen einer SA-Uniform berechnete, und im Januar 1934 bei der Motor-SA.

Eine knappe Woche nach der Machtübernahme, am 5.2.1933, inszenierte das Regime im Berliner Dom einen Staatsakt für zwei wenige Tage vorher erschossene Männer, einen Oberwachtmeister der Polizei und einen als Führer eines Mördersturms verurteilten Berliner SA-Mann. Bei der Trauerfeier, die den Vertreter der Staatsmacht und den NS-Gewalttäter nebeneinander vereint in versilberten Särgen darstellte, war Wilhelm in den vordersten Reihen nahe bei Hitler vor dem Altar herausragend sichtbar platziert. Er näherte sich den Särgen der „Märtyrer“ und schmückte sie mit einem Kranz. Das Ritual wurde vom linientreu besetzten Rundfunk übertragen, die Anwesenheit des Exkronprinzen vom Kommentator hervorgehoben, die Presse berichtete ausführlich. Der Berliner Lokal-Anzeiger setzte seinen Bericht unter die Überschrift: „Hitler, Göring und der Kronprinz im Dom.“¹⁰ Den Leichenzug zum Invalidenfriedhof stellte eine halbe Million Menschen, gesäumt von Formationen aus den Verbänden von Polizei, Stahlhelm, SA und SS. Jeder Beobachter, Radiohörer und Zeitungsleser konnte aus dieser Inszenierung nur den Schluss ziehen, dass Wilhelm das gerade etablierte Regime gegen dessen Feinde von Mitte bis links vorbildhaft und mit voller Überzeugung unterstützte. Wer die Symbolik nicht schon selbst verstanden hatte, wurde durch die Radioreportage belehrt, dass der auf gleicher Höhe neben SA-Männern auf der Domtreppe stehende Exkronprinz das Erscheinungsbild des neuen Deutschen Reichs zeigte, den Zusammenhalt der Volksgemeinschaft und die Verschmelzung von Standes- und Klassenunterschieden unter dem Hakenkreuz.

Nur drei Wochen nach dem Reichstagsbrand in der Nacht vom 27. auf den 28.2., in dessen Folge schon nach wenigen Stunden die Grundrechte der Freiheit der Person, der Meinungs- und Pressefreiheit und der Vereins- und Versammlungsfreiheit außer Kraft gesetzt, mehrere tausend Sozialdemokraten, Gewerkschafter, KPD-Abgeordnete und andere politische Gegner des Regimes verhaftet und die Garantien des Rechtsstaats dauerhaft beseitigt worden waren, unterstützte der Exkronprinz unverblümt den nächsten großangelegten Propagandaakt zur Festigung des Regimes. Zwei Tage nach seiner Ernennung zum Reichskanzler hatte Hitler den Reichstag auflösen lassen, weil er mit Gewinnen aus dem Lager der Arbeiterparteien und einer absoluten Mehrheit für die NSDAP rechnete. Obwohl Stahlhelm, SA und SS den Wahlkampf mit Terror begleiteten und SPD wie KPD durch die Verhaftungswelle nach dem Reichstagsbrand geschwächt waren, verfehlte die NSDAP am 5.3.1933 ihr Wahlziel mit 43,9 % deutlich und erreichte die parlamentarische Mehrheit nur in einer Koalition mit der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“. Zur Stabilisierung des Systems, für die der Rest der Rechtskonservativen und der noch unentschlossenen Funktionseilten gewonnen werden sollte, wählte das Regime als Ort der Konstituierung des Reichstags die Potsdamer Garnisonkirche, einen Erinnerungsort der preußischen Rechten, in dessen Gruft die preußischen Könige Friedrich Wilhelm I. und sein Sohn Friedrich II. begraben waren. Der „Tag von Potsdam“ am 21.3.1933 war eine von Hunderttausenden begleitete Inszenierung, die den Reichspräsidenten Hinden-

6 The Times v. 17.10.1932.

7 Berliner Lokal-Anzeiger v. 15.10.1932.

8 Kronprinz an Selasen-Selasinsky, 14.12.1932, Bundesarchiv Militärarchiv Freiburg, N 432/2.

9 Hitler an Kronprinz Wilhelm v. 4.2.1933, Bundesarchiv Berlin, R 43-I/2205.

10 Berliner Lokal-Anzeiger v. 6.2.1933.

burg, die Reichswehr und die Kirchen, den Reichskanzler und bekannte Anführer der NSDAP, der SA und der SS, des Stahlhelm und der DNVP sowie die vom Exkronprinz, drei seiner Brüder und der Exkronprinzessin verkörperten Hohenzollern im unverkennbaren Schulterchluss zwischen den Ikonen der Tradition und den neuen Machthabern repräsentierten. Zu Beginn und zum Ende des Staatsakts wandte sich Hindenburg zu den Hohenzollern und erhob, für alle Anwesenden sichtbar, grüßend seinen Marschallstab zur Anerkennung Wilhelms.

Der französische Botschafter André François-Poncet vermerkte in seinen Erinnerungen, die im Anschluss an den Staatsakt vor einer frenetisch begeisterten Menge an der Kirche vorbeiziehende Militärparade von Reichswehr, SA, SS und Stahlhelm scheine von dem in der ersten Reihe der Zuschauer sitzenden Exkronprinz abgenommen worden zu sein.¹¹ Der war in der Uniform eines Obersten der Totenkopfhusaren erschienen, sein Bruder August Wilhelm als SA-Obergruppenführer und seine Brüder Oskar und Eitel Friedrich im Feldgrau des Stahlhelm. Die Farbmischung war die Blaupause der Gruppen, die die Machtübergabe an Hitler arrangiert hatten. Es entstand das erst später auf unzähligen Postkarten reproduzierte Foto, auf dem sich Hitler und Wilhelm im Beisein von Göring verständnisvoll anlächeln.¹² Abgerundet wurde der sichtbare Eindruck einer Gesinnungsgemeinschaft durch die Anwesenheit der Exkronprinzessin als Schirmherrin des antidemokratischen Frauenbundes „Königin Luise“ und weiterer Vertreter des Hochadels. Der Staatsakt und seine Begleiterscheinungen lassen sich seriös nicht anders deuten als eine einheitsbildende Werbung der überkommenen Autoritäten für das in seinem Fortbestand noch ungesicherte Regime. Daran hatte der Exkronprinz mit seinen vielfältigen Verbindungen ins rechtskonservative Lager einen überaus bedeutenden Anteil. Er hatte seinen Auftritt durch ein Plädoyer für die Zusammenarbeit mit den Nazis vorbereitet, das er zwei Wochen zuvor seinem Vertrauten, dem Generalmajor und kommissarischen Leiter des Reichswehrministeriums Ferdinand von Bredow, unterbreitet hatte: „Jetzt heißt es, die Geschlossenheit dieser Regierung in jeder Beziehung zu unterstützen und Jedem in die Presse zu hauen, der versucht, in diese Geschlossenheit Unruhe und Misstrauen hineinzutragen.“¹³

An die Verwaltungschefs seiner Besitztümer in Schlesien und Polen hatte Wilhelm schon am 17.3. eine unmissverständliche Werbebotschaft ausgegeben: „Um etwaige Zweifel in der Frage meiner Einstellung zur jetzigen innenpolitischen Lage zu beseitigen, gebe ich Ihnen Folgendes bekannt: Ich begrüße den Zusammenschluss aller nationalen Kräfte, die sich in der schwarz-weiß-roten Front und der nationalsozialistischen Bewegung als Einheitsfront verkörpern, auf das wärmste und empfinde es persönlich als eine besondere Genußnahme, dass das Ziel, wofür ich mich seit Jahr und Tag mit ganzem Herzen eingesetzt habe, endlich erreicht ist. Leider gibt es immer noch Menschen, die Anspruch auf nationale Gesinnung machen und dabei mit abwartender Haltung und Misstrauen diesem Zusammenschluss gegenüberstehen. Eine solche Lauheit im Nationalen Denken muss ich auf das allerschärfste verurteilen. Hier gibt es nichts abzuwarten! Jeder nationale Deutsche muss sich mit aller Kraft ohne Rücksicht auf persönliche Sonderinteressen dafür einsetzen, dass diese wundervolle nationale Front unterstützt, erhalten und gestärkt wird. Ich erwarte von allen in meinem Dienst stehenden Beamten, Angestellten und Arbeitern, dass sie im richtigen Verstehen der großen Zeit, in die wir gestellt sind, sich im Sinne der nationalen Idee tatkräftig

und ganz einsetzen, so wie ich es tue. Ich wünsche, dass diese meine Auffassung zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird, wobei zu bemerken ist, dass ich abweichendes Verhalten nicht dulden kann und werde.“¹⁴

Damit nicht genug. Im Mai trat Wilhelm in Wittenberg neben dem nunmehr zur NSDAP konvertierten Stahlhelmführer und Kabinettsmitglied Franz Seldte auf, der erklärte, der Stahlhelm werde „wie ein Mann“ hinter Hitler stehen. Das war ein Vorgriff auf das Verbot Seldtes vom Juni, mit dem er den Stahlhelmen jede andere Parteimitgliedschaft als die in der NSDAP untersagte und den Wehrverband als „Glieder der nationalsozialistischen Bewegung“ einordnete, sowie auf dessen Überführung ab 1934 in die SA, die diese auf rund vier Mio. Mitglieder anschwellen ließ und frühere Differenzen zwischen den beiden Wehrverbänden obsolet machte. Mit dieser Vereinigung erfüllte sich ein alter Wunsch des Exkronprinzen, wie aus seinem Schreiben an den schlesischen SA-Stabsführer Carl Friedrich Graf von Pückler-Burghaus vom 24.6. hervorgeht: Er sei „freudigen Herzens, dass es endlich gelungen ist, die Grundlage für den engen Zusammenschluss und für die Einheitsfront der im Nationalsozialismus und im Stahlhelm vorhandenen nationalen Kräfte zu schaffen. Ich sehe darin nicht nur eine Bürgschaft für die Sicherung der bisherigen Erfolge, sondern vor allem auch den Beweis für die Erkenntnis und den Willen der Führer, dass [es] zur glücklichen Lösung der vor uns liegenden gewaltig schweren Aufgaben der Nationalsozialismus der kraftvollen aktiven Mithilfe des Stahlhelm auf dem Boden voller Gleichwertigkeit bedarf.“¹⁵ Was das bedeutete, machte Seldte Anfang Juli in einer Rundfunkansprache klar mit dem Gelöbnis, dass „wir mit Adolf Hitler, unter Adolf Hitlers Führung den Kampf bis zum endgültigen deutschen Siege vorwärtstragen“.¹⁶ Wilhelm ergänzte wenig später: Die zentrale Funktion des Stahlhelm sei weiterhin die „Erziehung unseres Volkes zu autoritärer Staatsauffassung im nationalen Geiste“.¹⁷ In dieser nahtlosen Übereinstimmung des rechtsradikalen Wehrverbands mit der NS-Bewegung offenbarten sich die politische Geistesverwandtschaft und die Handlungsunion, die der Exkronprinz seit 1932 befördert hatte.

Im Gleichschritt mit ihrem Mann leistete die Exkronprinzessin ihren Beitrag zum Gedeih des Regimes als Schirmherrin des Bundes Königin Luise mit 200.000 Mitgliedern. Auf einer Jubiläumsveranstaltung ebenfalls im Mai in dem mit Hakenkreuzfahnen dekorierten Berliner Sportpalast wurden ganz im Sinn der NS-Ideologie die „Unerschrockenheit der Führerinnen“ und die Frauen als „Hüterinnen der heiligsten Güter des Volkes“ propagiert. „Niemals wird ein Volk blühen und gedeihen, wenn nicht seine Frauen ihre Würde bewahren und die ihnen von Gott zugedachten Aufgaben treulichst erfüllen“, verkündete Cäcilie und fuhr fort: „Frau und Mutter im alten, germanischen Sinn Priesterin des heiligen Herdfeuers, dem Mann die treue Helferin bedeutend, den Kindern die treusorgende Mutter, die sie mit fester und

11 André François-Poncet, Als Botschafter im „Dritten Reich“. Die Erinnerungen des französischen Botschafters in Berlin September 1931 bis Oktober 1938, Mainz 1947, unveränderte Neuauflage 1980, 123.

12 Ganz anders jetzt die Bildinterpretation von Lothar Machtan, Merkur, April 2022, 87–92.

13 Irene Strenge, Ferdinand von Bredow. Notizen v. 20.2.1933 – 31.12.1933. Tägliche Aufzeichnungen v. 1.1.1934 – 28.6.1934, Berlin 2009, 67.

14 Willibald Gutsche, Ein Kaiser im Exil. Der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II. in Holland, Marburg 1991, 164.

15 Carl Lange: Der Kronprinz, Berlin 1934, 99.

16 Der Stahlhelm v. 9.7.1933.

17 Carl Lange (wie Anm. 15), 101.

liebender Hand zu starken, freudigen Menschen erzieht.“¹⁸ An der Zusammenarbeit des Luisenbunds mit dem neuen Regime ließ sie keinen Zweifel. Das nahmen sich die Frauen, die dabei waren oder über Presse und Rundfunk davon Kenntnis erhielten, zu Herzen.

Auf der Reichsführertagung des Stahlhelm in Hannover im September marschierte Wilhelm vor Hunderttausenden Zuschauern in Uniform mit Hakenkreuz in erster Reihe neben und Ernst Röhm, Franz Seldte und Heinrich Himmler. In seiner Ansprache erklärte er den Stahlhelm zu „den durch nichts anderes ersetzbarsten wertvollsten und festesten Stützen, auf denen die Sicherheit und der Bestand des neu gegründeten nationalsozialistischen Staatsgebäudes ruht“,¹⁹ und rechte beim Führerappell Hitlers vor 60.000 Stahlhelmen den Arm. Die perfekte Einheit zwischen Partei und Wehrverband wurde von einem Propagandafilm dokumentiert. Im Oktober präsentierte sich der Exkronprinz beim Stahlhelmtag des schlesischen Verbands in Breslau zwischen zwei Hakenkreuzfahnen und führte neben Ernst Röhm einen öffentlichen Aufmarsch mit 80.000 Teilnehmern an. Zwei Wochen später war Wilhelm Ehrengast einer Propagandaveranstaltung der NSDAP im Berliner Sportpalast mit Hitler als Hauptredner, bei der er in Stahlhelmuniform mit Hakenkreuzbinde in der ersten Logenreihe platziert war und mit Applaus und Heilrufen begrüßt wurde.

Drei Tage vor den Reichstagswahlen am 12.11., bei denen allein eine nationalsozialistisch dominierte Einheitsliste zugelassen war und über den Austritt aus dem Völkerbund abgestimmt werden sollte, verfasste der Exkronprinz einen mit „Novembertage“ überschriebenen Text, der alle Rechtskonservativen noch einmal an den unheilvollen Machtverlust durch die Ausrufung der Republik fünfzehn Jahre früher erinnerte und in mehreren Zeitungen veröffentlicht wurde. Darin verherrlichte er Hitler als hellstichtigen „Fackelträger“, der „nach zehnjährigem, mit beispielloser Überzeugungskraft und Opferbereitschaft geführtem Kampf“ die Führung des deutschen Volkes verdient habe. Dass das „Gebäude des Dritten Reiches [...] in der Geschichte über die Stürme der Gegenwart und Zukunft hinaus in alle Ewigkeit Bestand haben soll – dies aus innerster Überzeugung mit freudigem ‚Ja‘ zu bekennen, ist am 12.11. Ehrenpflicht und Dankeschuld zugleich für jeden, [...] in dessen Brust ein deutsches Herz schlägt“.²⁰ Eine innigere Werbung für den Führer und Reichskanzler ist kaum vorstellbar, und aus der Feder des ranghöchsten Repräsentanten des ehemaligen Kaiserhauses im Deutschen Reich stellte sie sich den letzten Zweiflern im breiten Spektrum von rechts bis Mitte als geradezu zwingender Wink zur immertreuen Gefolgschaft dar, der bei den Wahlen seine Früchte getragen haben wird. Eben dies beschrieb Wilhelm in einem von Carl Lange herausgegebenen Almanach „Friedrich der Große“ in bizarrer Prophetie:

„Das Jahr 1933 wird in der Geschichte des Deutschen Volkes immer als ein besonders denkwürdiger Wendepunkt gelten, als erster Markstein auf dem Wege des Wiederaufstiegs aus tiefem Sturz, aus Not und Knechtschaft, zu neuem Ansehen, neuer Kraft, neuer Freiheit. Es ist das geschichtliche Verdienst Adolf Hitlers, dass er in der Zeit der Schmach und Erniedrigung die sittlichen Kräfte unseres Volkes trotz aller Bedrückungen und Verfolgungen lebendig erhalten, gesammelt, gestärkt, in der nationalen Revolution zu siegreichem Durchbruch gebracht und zu einer festen Einheit zusammengeschweißt hat.“ Und forderte: „Da ist es heilige Pflicht aller national empfindenden Deutschen, ohne Unterschied des Standes, Berufes, der Konfession, unseren Führer in diesem heißen Ringen mit Einsatz aller Kraft des Geistes, der Seele und des Körpers opferfreudig und glaubensstark zu unterstützen, als unerschütterlich treue Gefolgsmänner weiterzukämpfen, bis das Endziel erreicht und gesichert ist: ein großes, freies, glückliches Deutschland!“²¹

Schließlich kann bei der Bewertung der Vorschubleistung Wilhelms dessen bedeutende „Botschafterrolle“ für das Regime nicht außer Acht bleiben. An Multiplikatoren im Ausland gerichtet diente sie der Festigung des dort misstrauisch beobachteten NS-Regimes mit dem Ziel, die Welt gegen die Wahrnehmung der Zerschlagung von Demokratie und Rechtsstaat zu narkotisieren, die namentlich antisemitische Gewaltpolitik zu verharmlosen und Hitlers Politik zu glorifizieren. Die Äußerungen des ersten Hohenzollern in Deutschland lösten im Ausland einen relevanten Entspannungseffekt aus mit der Folge, dass wirksame politische Maßnahmen gegen die NS-Regierung in ihrem durchaus noch anfälligen Anfangsstadium unterblieben.

Ende März 1933 verteidigte Wilhelm in einem offenen Brief an den deutsch-amerikanischen NS-Propagandisten George Sylvester Viereck in den USA das Regime gegen die angeblich unbegründete „Gräuel-Propaganda“ aus dem Ausland.²² Im April warb er in einem Brief an die mit ihm befreundete amerikanische Opernsängerin und Filmschauspielerin Geraldine Farrar auf besonders infame Weise um Verständnis: „Sozialisten, Fahnenflüchtige, Drückeberger, Kriegsgewinnler und leider auch ein großer Teil Juden“ seien der deutschen Armee 1918 in den Rücken gefallen. Die Juden hätten Christen aus den Funktionsebenen vertrieben, gedeckt von Sozialisten das Land kontrolliert und die Misswirtschaft verantwortet. Die nationalsozialistische „Volksbewegung“, geleitet durch „den genialen Führer Adolf Hitler“, müsse nun die notwendige Zeit für „gewisse Aufräumarbeiten“ haben.²³ Mit den „Aufräumarbeiten“ gemeint waren die Zerschlagung der Demokratie, die allgemein sichtbare erste Welle der Boykott- und Terrormaßnahmen gegen Juden und die Errichtung erster Konzentrationslager. Im Juni rühmte Wilhelm in einem Brief an den britischen Lord Lothian den Führer „der großen Volksbewegung“, dessen Voraussicht, Führungsstärke und Genialität, einen Führer, „dem alle unsere Herzen in treuer Anhänglichkeit entgegenschlagen“. Zur Judenfrage schrieb er, Deutschland sei, für Engländer nicht leicht erkennbar, nach der Revolution von „Ostjuden“ vollkommen „überflutet“ worden, die viele Sektoren des gesellschaftlichen Lebens dominiert hätten. Die „rücksichtslose Bekämpfung des Judentums“ sei deshalb notwendig. Stahlhelm, DNVP, rechte Verbände und die NS-Bewegung hätten gemeinsam an der Ausrottung des Kommunismus gearbeitet. Berichte über „Gräuel“ in Deutschland seien reine Kriegspropaganda.²⁴ In einem Artikel für den britischen *Evening Standard* vom 4.8. wandte er sich erneut gegen das „falsche Bild“, das im Ausland vom neuen Deutschland entstanden sei. Er betonte das „moralische Verantwortungsgefühl der führenden Männer“ des Regimes, sie hätten die erste „Revolution“ ermöglicht, die ganz „ohne Blutvergießen“ ausgekommen sei. Ausländische Berichte über besorgniserregende Zustände in Deutschland seien haltlose „Hetze“. Hitler und Hindenburg hätten „eine Tat vollbracht, für die das ganze deutsche Volk in immerwährender Dankbarkeit verpflichtet ist“. Nicht fern sei die Zeit, in der ganz

18 Der Tag v. 16.5.1933, S. 3, Zehn Jahre Freiheitskampf des Bundes Königin Luise. Rede der deutschen Kronprinzessin auf der Festveranstaltung.

19 Carl Lange (wie Anm. 15), 101.

20 Kronprinz, Novembertage, 9.11.1933, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin, Rep. 100 A, Nr. 388/2.

21 Carl Lange (wie Anm. 15), 127

22 Der Tag v. 29.3.1933.

23 Kronprinz an Geraldine Farrar, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Rep. 100 A, Nr. 388/2.

24 Brief an Lord Lothian, 17.6.1933, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Rep. 100 A, Nr. 388/2.

Europa und die gesamte „Kulturwelt“ Hitler dankbar sein würden, die „Zivilisation“ vor dem Bolschewismus gerettet zu haben.²⁵ Ende August veröffentlichte der Exkronprinz in der *New York Herald Tribune* einen Artikel unter der Überschrift: „Why Is the World Against Us?“ In diesem Beitrag, der mit seinem Porträt als Reiter mit Schild in der linken und Hakenkreuzbanner in der rechten Hand verziert war, stellte er sich als unerschütterlicher Garant der moralischen Legitimation des NS-Regimes dar. Noch gebe es zwar vereinzelte Zweifler und Nörgler. Doch schon bald werde die kultivierte Welt einsehen, dass Hitler nicht allein Deutschland, sondern die gesamte Zivilisation vor dem Bolschewismus schütze.²⁶ Im Juni 1934 schließlich erklärte Wilhelm dem britischen Pressezar Viscount Rothermere, jeder „anständige Deutsche“ habe die Republik stets „aus dem Innersten seiner Seele gehasst“.²⁷

Zehn Tage später ordnete Hitler die Ermordung der gesamten SA-Führung sowie einer Reihe von Kritikern und Konkurrenten an, unter ihnen neben dem SA-Stabschef Ernst Röhm der frühere Reichskanzler Kurt von Schleicher und Generalmajor Ferdinand von Bredow, die beide zum militärischen Freundeskreis des Exkronprinzen gehört hatten, insgesamt mindestens 89 Menschen. Die verbrecherische Aktion wurde am 3.7.1934 rückwirkend gesetzlich sanktioniert, durch den Verfassungsjuristen Carl Schmitt gerechtfertigt („Der Führer schützt das Recht“) und mit der Volksabstimmung über die Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers am 19.8.1934 mit einer Zustimmungquote von fast 90 % als Volkes Wille legitimiert.²⁸ Sechs Wochen nach der Mordaktion gab Wilhelm der rechts stehenden Pariser Tageszeitung *Le Petit Journal* ein Interview, das auch in einer Schweizer Zeitung abgedruckt wurde. Darin sagte er: „Das Ausland kann die Dankesschuld nicht ermessen, die das deutsche Volk gegenüber Adolf Hitler eingegangen ist. Er ist ein unvergleichlicher ‚Energielehrer‘. Es gibt nichts, was wir nötiger gehabt hätten. Er hat durch die Kraft seines Magnetismus die historische Entwicklung der deutschen Nation umgebogen. Daran wird sich nichts ändern lassen, was auch die Zukunft noch bringen mag.“²⁹ Kein Wort zur Ermordung ehemaliger Weggefährten, aber eine öffentliche Hommage an Hitler.

Mit der Mordaktion Hitlers zur Beseitigung nicht erwünschter Gegenspieler und Rivalen begann der Abstieg Wilhelms in die politische Bedeutungslosigkeit. Zum Jahresausklang 1934 schrieb er noch wohlgenut an Hitler: „Mein Führer! In der Hoffnung, Anfang des Jahres die Freude zu haben, Sie wiederzusehen, verbleibe ich mit herzlichen Grüßen, Ihr getreuer Wilhelm.“³⁰ Doch waren von nun an weitere Vorschubleistungen von seiner Seite nicht mehr erwünscht und noch weniger erforderlich. Für das fest im Sattel sitzende NS-Regime war er als Signalgeber und Bündnis schmied überflüssig geworden. Seine monarchischen Wurzeln stellten sich nunmehr als Belastung dar für Hitler, die NS-Bewegung und die deutsche „Volksgemeinschaft“.

V. Würdigung des Verhaltens Wilhelm als erhebliche Vorschubleistung

Die Hohenzollern wurden vom NS-Regime nicht enteignet. Sie profitierten vielmehr von der mit der Judenverfolgung eingeleiteten Enteignung durch „Arisierung“ in Form von Beteiligungen an ehemals in jüdischem Eigentum stehenden Unternehmen. Sie erwarben erheblichen Grundbesitz im Wege der Zulassung von Erbhöfen hinzu. Ihr Gesamtvermögen wurde damit seit 1933 nicht kleiner, sondern deutlich größer. Ungeachtet des erzwungenen Rückzugs aus ihrer frucht-

baren Symbiose mit der NS-Bewegung wandte sich die Familie, allen voran der Exkronprinz, von dem Regime nicht ab. Weder Wilhelm noch ein anderes Mitglied der Familie leistete jemals Widerstand, im Gegenteil. Aus einem bereits 1954 vorgelegten Bericht des nationalkonservativen Historikers Gerhard Ritter, der ein Freund Carl Goerdelers und mit dem konservativen Widerstand selbst verbunden war, geht hervor, dass Louis-Ferdinand, der zweitälteste Sohn des Exkronprinzen, in zwei im Haus Bonhoeffer geführten Gesprächen seine Mitarbeit im Widerstand „als Privatmann“ in Aussicht gestellt, jede für die Hohenzollern symbolisch tragfähige Rolle jedoch abgelehnt und seine Beteiligung vom Einverständnis seines Vaters abhängig gemacht hatte. Zu dessen Reaktion schreibt Ritter: „Ohne Zögern lehnte er das gefährliche Abenteuer ab und warnte seinen Sohn dringend (und mit Erfolg), sich weiter auf solche Verschwörungen einzulassen. Die politische Rolle des Prinzen war damit für immer erledigt.“³¹ Kein Hohenzoller war im deutschen Widerstand aktiv. Der Exkronprinz gehörte ihm nicht nur nicht an, er behinderte ihn vielmehr. Keinem einzigen Mitglied der Familie wurde bis 1945 jemals ein Haar gekrümmt.

Gegen Ende des zweiten Weltkriegs, am 3.1.1945, setzte sich der Exkronprinz nach Österreich ab. Vier Monate später wurde er von französischen Armeeinghörigen verhaftet und in der französischen Besatzungszone in einem Hotel in Lindau am Bodensee interniert, bis er zum Hausarrest auf die Stammburg der Hohenzollern bei Hechingen entlassen wurde, wo er unterhalb der Burg ein komfortables Quartier fand. Im Rahmen der Nürnberger Prozesse wurde er als Zeuge zum Auswärtigen Amt verhört, aber juristisch nicht belangt. Im Verhör durch den stellvertretenden amerikanischen Chefankläger Robert Kempner bezeichnete er die Vorstellung, im Auswärtigen Amt habe man von der Ermordung der Juden nichts gewusst, als „absoluten Blödsinn“, auch er selbst sei „im Bilde gewesen“.³² Auf Kempners Frage, was ihn während der letzten zwölf Jahre am meisten erschüttert habe, antwortete er im Juni 1947: „Es hat mich vieles erschüttert. Systematisch wurde die anständige Tradition in der Armee gebrochen. Die Bilder meines Vaters wurden in den Offizierskorps beseitigt. Das tat mir weh.“³³

Mit der Niederlage des Deutschen Reichs verloren die Hohenzollern wie viele Familien des ostelbischen Adels die materiellen Grundlagen ihrer jahrhundertelangen Macht. Durch besatzungsrechtliche und besatzungshoheitliche Enteignungen büßten sie rund 95 % ihres Grundbesitzes ein, der sich nunmehr in der sowjetischen Besatzungszone, in Polen und in der Sowjetunion befand. Diese Enteignungen sind nicht rückgängig zu machen (Art. 143 III GG). Die im Ausgleichsgesetz deshalb bestimmte Entschädigung wird den Hohenzollern nicht zu gewähren sein, weil der Exkronprinz dem nationalsozialistischen System erheblichen Vorschub geleistet hat (§ 1 IV AusglLeistG). Was ist der Zweck dieser

25 Vossische Zeitung v. 5.8.1933.

26 New York Herald Tribune v. 27.8.1933.

27 Kronprinz an Rothermere, 20.6.1934 in The Hoover Institution Archives, Stanford, Coll. No. 77020.

28 Otmar Jung: Plebiszit und Diktatur. Die Volksabstimmungen der Nationalsozialisten: Die Fälle „Austritt aus dem Völkerbund“ (1933), „Staatsoberhaupt“ (1934) und „Anschluss Österreichs“ (1938), Tübingen 1995.

29 *Le Petit Journal* v. 15.8.1934; *Basler Nachrichten* v. 15.8.1934.

30 Kronprinz Wilhelm an Hitler v. 29.12.1934, Bundesarchiv Berlin, R 43/4063.

31 Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954, 292.

32 *Weltpresse* v. 21.6.1947.

33 Vernehmung v. 17.6.1947, United States Holocaust Memorial Museum, Washington, D. C., Kempner Papers, Box 310, Folder 19,10.

Ausschlussregelung? Entgegen einer verbreiteten Meinung weder eine gleichsam strafrechtliche Sanktion noch ein historisches Unwerturteil über den früheren Eigentümer. Von einer Entschädigung ausgeschlossen werden soll der beachtliche Unterstützer des Unrechtssystems, dessen Untergang die Enteignungen durch die Besatzungsmacht erst ermöglicht hat. Kurz: Keine Entschädigung für den, der zu diesem Enteignungszusammenhang maßgeblich beigetragen hat. Das gilt auch für die „ganz normale Familie“ der Hohenzollern. Die rechtlichen Maßstäbe für ein Vorschubleisten hat das BVerwG seit 2005 in zahlreichen Entscheidungen gesetzt.³⁴ Diesen Rahmen füllen die nachfolgenden Feststellungen aus.

Welche persönlichen Ziele der Exkronprinz mit seiner Pro-Hitler-Kampagne verfolgte, ob er damit seine Rolle als Reichsverweser oder als Nachfolger Wilhelms II. mit Hitler als Reichskanzler oder ganz allgemein die Wiederherstellung der Monarchie anstrebte, ist für die Frage der Vorschubleistung im Sinn des Ausgleichleistungsgesetzes belanglos. Entscheidend ist, dass er unabhängig von seinen finalen Motiven durch Wort und Tat objektiv und subjektiv die Etablierung und die Stabilisierung des NS-Regimes erheblich gefördert hat.

In objektiver Hinsicht machte der Exkronprinz Hitler politisch salonfähig und dessen Partei bei den Rechtskonservativen hoffähig, indem er als oberster Repräsentant der Hohenzollern in Deutschland 1932 unter öffentlicher Bekundung seiner Unterstützung der rechten Sammlungsbewegung der Harzburger Front zu Hitlers Wahl als Reichspräsident aufrief, das Verbot von SA und SS verurteilte, bei Hindenburg eine schärfere Gangart gegen Kommunisten einforderte, öffentlich eine „geschlossene Front gegen alles Undeutsche“ propagierte und sich mit seinem Auftritt am Stahlhelmtag auf dem Tempelhofer Feld in Berlin vor einem Millionenpublikum als Aushängeschild eines Wehrverbands präsentierte, der bei der Machtübergabe an Hitler vier Monate später im Rahmen der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ als Steigbügelhalter diente. Nach der Einsetzung Hitlers als Reichskanzler 1933 hatte er wesentlichen Anteil an der Stabilisierung des Regimes, indem er sich durch seine weithin sichtbare Präsenz bei dessen inszenierten Ritualen zur Demonstration einer Eintracht von Polizei und SA sowie des Schulterchlusses zwischen den Ikonen der monarchischen Tradition und dem NS-Regime am Tag von Potsdam gleichsam als Treuhänder der von Republik, Demokratie und Rechtsstaat be-

freiten neuen Einheitsfront darstellte, als zentrale Funktion des Stahlhelm „die Erziehung unseres Volkes zu autoritärer Staatsauffassung im nationalen Geiste“ verbreitete, die nahtlose Übereinstimmung des Wehrverbands mit der NS-Bewegung forcierte, die Einigkeit von NSDAP und Stahlhelm bei dessen Aufmärschen in Hannover und Breslau vor Hunderttausenden Zuschauern im Gleichschritt mit Seldte, Himmler und Röhm sowie durch seine Uniform mit Hakenkreuz vorführte, drei Tage vor den letzten Reichstagswahlen Hitler in einer öffentlichen Denkschrift als hellstichtigen und verdienten Führer des deutschen Volkes verherrlichte, in der Einleitung zu einer Publikation über Köig Friedrich II. die Unterstützung Hitlers als heilige Pflicht propagierte, öffentlich zur Wahl seiner nationalsozialistisch dominierten Einheitsliste aufrief sowie im Ausland durch Zeitunginterviews und Schreiben an Multiplikatoren Terroraktionen, Judenverfolgung und die Zerschlagung der Demokratie als „gewisse Aufräumarbeiten“ verharmloste und sich als Garant der moralischen Legitimation des NS-Regimes darstellte.

Mit seiner intensiven Unterstützung von Erscheinungsformen und Zielen des nationalsozialistischen Systems und seines Führers leistete der Exkronprinz bewusst und gewollt einen erheblichen Beitrag zur Festigung des Regimes. Als Feind der Republik, Antisemit und Apostel eines autoritären Machthabers setzte er sich im In- und Ausland für die Stabilität einer Herrschaftsform ein, deren Errichtung 1932 und dauerhafter Bestand 1933 noch keineswegs gesichert waren. Der Ertrag, der aus Wilhelms politischen Aktivitäten dem System in der Phase seiner Etablierung zugutekam, war offensichtlich nicht unbedeutend. Das zeigt sich nicht nur an dem unbestreitbaren, wiewohl nicht bezifferbaren Erfolg seiner Wahlauftrufe, sondern auch in seiner gelungenen Werbung für neue Parteigänger und politische Bündnisse und in seiner öffentlichen Identifizierung mit Stahlhelm, Harzburger Front und der Führung durch Hitler. Daran hat er sichtlich auch dann noch festgehalten, seitdem seine Dienste als Signalgeber und Bündnisschmied nicht mehr erwünscht waren und das Regime in ihm eine Belastung sah. Das war für Wilhelm kein Anlass zu Gegnerschaft oder gar Widerstand gegen den Führer und seine Bewegung. Nicht einmal die ihm nicht verborgen gebliebene Ermordung der Juden löste bei ihm einen Sinneswandel aus. Dem Antisemitismus, der Ablehnung von Republik und Demokratie und der Faszination einer autoritären Staatsführung blieb er zeitlebens treu. ■

34 BVerwGE 123, 142 = NVwZ 2005, 1192 – Hugenberg; BVerwGE 127, 56 = LKV 2007, 223 – NSDAP-Kreisrichter; BVerwG NVwZ-RR 2009, 625 = LKV 2009, 274 – Gestapobeamter; BVerwG LKV 2009, 518 = NJOZ 2009, 3725 = DVBl 2009, 1252 – Obersturmbannführer; BVerwGE 135, 1 = LKV 2010, 128 = NVwZ-RR 2010, 300 – Bismarck; BVerwG Buchholz 428.4 § 1 AusgLeistG Nr. 20 – Hjalmar Schacht; BVerwGE 143, 119 = NVwZ-RR 2012, 793 = LKV 2012, 365 Ls. – Kriegsgerichtsrat; BVerwGE 152, 60 = NVwZ-RR 2015, 692 – Leipziger Neueste Nachrichten; BVerwG NJ 2018, 300 – Zeitschrift „Der Ring“.